

Beschluss des FDP-Landesparteitags Nordrhein-Westfalen vom 21.4.2007

3.9 Gleichgeschlechtliche Partnerschaften - gleiche Lebenschancen

Die verschiedenen Formen menschlichen Zusammenlebens werden von der FDP vorurteils- und wertfrei anerkannt. Das gleiche gilt für die sexuelle Orientierung. Vieles ist für Schwule und Lesben in den vergangenen Jahren erreicht worden. In den Großstädten Nordrhein-Westfalens werden gleichgeschlechtliche Lebensformen weithin akzeptiert. Aber eben nur weithin. Schwule und Lesben stoßen immer wieder auf Vorurteile oder gar Diskriminierung. Das Coming-out gegenüber Eltern und Freunden bringt für die Betroffenen häufig auch heute noch große Belastungen mit sich. Insbesondere gleichgeschlechtliche Paare in den ländlichen Regionen, ältere Schwule und Lesben, solche mit Zuwanderungsgeschichte oder einer Behinderung werden mit Demütigungen konfrontiert. Für die FDP ist der Einsatz gegen jede Art von Diskriminierung unverzichtbarer Bestandteil ihrer Bürgerrechtspolitik. Sie begrüßt, dass auf Initiative der FDP der Grundsatz "Schwule und Lesben dürfen nicht diskriminiert werden" explizit im Regierungsprogramm der schwarz-gelben Landesregierung aufgenommen wurde.

- Antidiskriminierungsarbeit ist zu wichtig, als dass sie allein abhängig von Haushaltsentscheidungen des Landes sein kann. Um die Förderung von schwulen und lesbischen Selbsthilfeprojekten in Nordrhein-Westfalen dauerhaft zu sichern, plädiert die FDP für die Gründung einer Stiftung, die die vom Land geförderten Maßnahmen schrittweise übernimmt. Die Freien Demokraten wollen die schwul-lesbischen Organisationen auf dem Weg der Neuausrichtung aktiv unterstützen.
- Die Situation von schwulen Männern und lesbischen Frauen ist in vielen Bereichen vergleichbar. Teilweise sind beide Gruppen auch ähnlichen Vorurteilen ausgesetzt. Allerdings gibt es - wie bei Heterosexuellen auch - geschlechtsspezifische Probleme und Bedürfnisse. Daher setzt sich die FDP für die Beibehaltung von Angeboten ein, die sich an den speziellen Anliegen von Lesben einerseits und Schwulen andererseits orientieren.
- Die Liberalen wollen die Akteure für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ermutigen, ihre Arbeit fachlich weiterzuentwickeln und ihre Vernetzungsarbeit vor Ort - insbesondere im ländlichen Raum - zu verstärken. Besondere Zielgruppen, wie Schwule und Lesben im höheren Lebensalter, mit Migrationshintergrund oder Behinderung, sollen stärker berücksichtigt werden.
- Antidiskriminierungsarbeit bedeutet auch, rechtliche Rahmenbedingungen zu verändern. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner haben nahezu dieselben Pflichten wie Eheleute - aber nicht dieselben Rechte. Die Liberalen stehen für den Abbau der immer noch vorhandenen Benachteiligungen im Steuer-, Beamten- und Familienrecht. Die im Wege der Föderalismusreform neu gewonnenen Landeskompetenzen - insbesondere im Beamtenrecht - will die FDP nutzen, um Ungerechtigkeiten zwischen Verheirateten und Verpartnerten aufzuheben.
- Das aktive Eintreten für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe braucht viele Fördererinnen und Förderer unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Die FDP will ihr eigenes Engagement, das sie regelmäßig auf Veranstaltungen wie dem Christopher Street Day zeigt, fortsetzen und ausbauen.